

**Referat Tumasch Mischol, Kantonsrat, Vize-Fraktionspräsident
anlässlich Kandidatentagung für die Kantonsratskandidaten zum Parteiprogramm
vom 15. Dezember 2018 im Restaurant Rössli, Illnau**

Es gilt das gesprochene Wort

Die Arbeit der SVP im Zürcher Kantonsrat

Liebe Kantonsratskolleginnen und -kollegen
Geschätzte Kandidatinnen und Kandidaten, liebe Gäste
Guten Morgen miteinander

Vor einigen Wochen war eine Gruppe interessierter Bürgerinnen und Bürger im Rathaus zu Besuch. Zur Fragerunde war nebst mir noch ein Kantonsrat der Linken eingeladen. Ein Bürger fragte uns, ob wir im Kantonsrat überhaupt etwas erreichen können.

Mein linker Ratskollege führte ellenlang aus, dass es schwierig sei, als einer von 180 Mitgliedern etwas Konkretes zu bewirken. Es sei nicht einfach. Da seien zum einen 10 Fraktionen, die alle etwas anderes wollen, dann seien verschiedene Kommissionen, die die Vorstösse beraten und letztendlich dauern die politischen Prozesse ewig. Realistischerweise sei als einzelner Kantonsrat kaum etwas in Zürich zu bewegen.

Der Bürger fragte dann auch noch mich, wie ich das so sehe. Und? Was habe ich geantwortet? Wenn ich nur ansatzweise das Gefühl hätte, ich könnte im Kantonsrat nichts ausrichten, ich würde das Ganze schon gar nicht mitmachen. Selbstverständlich kann man etwas bewegen. Aber das bedeutet Arbeit. Man muss wissen, wo der Schuh drückt, man muss den Puls der Bevölkerung kennen, Vorstösse schreiben, sich in den Beratungen in der Kommission durchsetzen, Verhandlungen mit anderen Fraktionen führen um Mehrheiten zu erlangen und und und. Von nichts kommt nichts. Das gilt halt auch in der Politik.

Gerne berichte ich Ihnen, geschätzte Neukandidierende, in den nächsten Minuten über die Arbeit im Kantonsrat. Ich werde dies mit verschiedenen aktuellen Beispielen der laufenden Legislatur tun.

Fraktionen

In der aktuellen Legislatur 2015 bis 2019 zählt der Kantonsrat 10 Fraktionen. Mit 55 Mitgliedern bildet die SVP die grösste Fraktion. Um Mehrheiten zu erhalten brauchen wir aber immer die Stimmen anderer Fraktionen. Meist werden Allianzen unter den bürgerlichen Parteien geschmiedet. Die FDP zählt 30 Mitglieder, die GLP 14, die CVP 8, die BDP 6, die EDU 5 Mitglieder.

Die Fraktionsdisziplin ist bei allen Parteien bei fast 100 %. D.h. im Kantonsrat gibt es kaum Abweichler in den Fraktionen. Um Mathematik kommt man nicht herum, wenn man eine Abstimmung gewinnen will. Dem Abstimmungsverhalten der SVP kommen am meisten EDU, FDP, BDP und GLP entgegen.

Die SVP übrigens trifft sich zur Fraktionssitzung jeweils am Montag nach der Ratssitzung von 13.00 Uhr bis 15.00 Uhr vis-à-vis des Rathauses im Zunfthaus zur Haue. Weshalb gerade dort, ist einfach zu erklären. Die SVP braucht einen entsprechend grossen Saal für 55 Kantonsräte, 2 Regierungsräte, plus Fraktionssekretariat und Gäste.

Als ich neu in den Kantonsrat eingetreten bin, hat mich die Arbeit in der Fraktion besonders beeindruckt. In meiner Vorstellung war es immer so, dass die SVP mehr oder weniger eine einheitliche Meinung vertritt. Gegen aussen mag das stimmen, aber gegen Innen werden die Entscheide zum Teil in harten und langen Diskussionen ausgefochten. Wichtig ist am Schluss, dass ein Entscheid der Fraktion akzeptiert wird und von allen Mitgliedern im Rat auch vertreten wird.

Vorstösse

Grundsätzlich gibt es zwei Arten von Geschäften, die der Kantonsrat behandelt. Zum einen sind dies Vorlagen der Regierung, zum anderen Vorstösse, die Ratsmitglieder oder Einzelpersonen eingereicht haben.

Mit den Vorstössen kann jedes Kantonsratsmitglied seine politischen Forderungen und Ideen im Rat zur Diskussion stellen sowie Auskünfte verlangen. Die verschiedenen Möglichkeiten dazu sind Anfragen, Interpellationen, Postulate, Motionen oder Parlamentarische Initiativen.

Die einfachste und häufigste Form ist eine Anfrage. Dem Regierungsrat wird eine Frist von 3 Monaten gesetzt zu etwelchen Belangen des Staats Auskunft zu geben. Daraus entstehen immer wieder weitergehende Vorstösse, wie beispielsweise eine Parlamentarische Initiative.

Damit können Kantonsratsmitglieder den Erlass, die Änderung oder Aufhebung von Verfassungs- und Gesetzesbestimmungen oder Kantonsratsbeschlüssen vorschlagen.

Gerne mache ich einige aktuelle Beispiele:

Sicher haben Sie in den vergangenen Wochen die intensive Medienberichterstattung betreffend Abgrenzung des Finanzausgleichs verfolgt. § 119, eine gut gemeinte Bestimmung im neuen Gemeindegesetz, führte zu skurrilen Budgets in den Gemeinden. So musste die Stadt Winterthur im Budget 2019 ein Minus von 42 Millionen Franken ausweisen statt eines Gewinns von 13 Millionen Franken. Und meine Wohngemeinde Hombrechtikon hätte bei einer gesetzeskonformen Umsetzung dieses Paragraphen der Gemeindeversammlung eine Erhöhung des Steuerfusses um 41 % auf 160 % beantragen müssen. Dies nur wegen einer Buchhaltungsregel im Gemeindegesetz. Der Kantonsrat hatte die unglückliche Gesetzgebung in diesem Zusammenhang erkannt. Letzte Woche haben wir eine entsprechende Parlamentarische Initiative überwiesen, die das Gesetz in diesem Punkt möglichst schnell ändern will.

Ein zweites Beispiel ist eine Abstimmung vom 10. Februar 2019. Dann stimmen wir ab über das Hundekursobligatorium. Bis Ende 2016 mussten schweizweit alle Hundehalter einen sogenannten Sachkundenachweis erbringen und dazu theoretische und praktische Kurse besuchen. Da festgestellt wurde, dass das Kursobligatorium nichts bringt, wurde dieses per Ende 2016 abgeschafft. Es gab keine Abnahme von Vorfällen und es konnten keine Verhaltensunterschiede zwischen Personen mit und ohne Kursbesuch festgestellt werden. Was schweizweit nun weg vom Tisch war, galt aber nicht im Kanton Zürich. Hier gilt ein weiterführendes Hundekursobligatorium. Hundehalter mit einem grossen Hund müssen immer noch Kurse besuchen. Da aber diese Wirksamkeit nicht nachgewiesen konnte, verlangten zwei Parlamentarische Initiativen der SVP und der FDP, dass das Kursobligatorium abgeschafft wird. Nach emotionalen Debatten beschloss der Kantonsrat die Abschaffung. Dank dem Referendum der Linken, stimmen wir aber eben Ende Februar über Hundekurse im Kanton Zürich ab. Nach der Hornkuh-Initiative die nächste äusserst wichtige tierische Vorlage also...

Gerne erwähne ich auch die Bestrebungen der SVP-Fraktion betreffend Einbürgerungen. Auf Bundesebene ist per 1. Januar 2018 das neue Bundesgesetz über das Schweizer Bürgerrecht (BüG) mit entsprechender Verordnung (BüV) in Kraft getreten. Im Kanton Zürich gibt es seit diesem Zeitpunkt eine kantonale Bürgerrechtsverordnung (KBüV). Diese wurde von der Justizdirektion so ausgestaltet, dass fast sämtlicher noch möglicher Spielraum in Einbürgerungsfragen verhindert wird. Geplant ist aber ein neues Einbürgerungsgesetz. Die SVP hat insgesamt vier parlamentarische Initiativen eingereicht, die diesen Spielraum nutzen will. Wir sind also proaktiv vorgeprescht und zwingen nun die Justizdirektorin sich bei der Ausarbeitung der Gesetzesvorlage mit unseren Vorstellungen zu befassen. Zudem haben wir ihr auch gleich einen Entwurf für das Gesetz nach unserem Gusto vorformuliert.

Kommissionen

Der wichtigste Teil der kantonsrätlichen Arbeit wird in den Kommissionen gemacht. Hier werden Gesetzesentwürfe der Regierung auseinander genommen, es gibt ein Kräftemessen zwischen den Parteien, es wird verhandelt, Lösungen ausgehandelt etc.

Im Kantonsrat gibt es sieben Sachkommissionen, die in ihrem Sachbereich die Beschlüsse des Kantonsrates vorbereiten. Beispiele sind die Kommission für Bildung und Kultur, die Kommission für Planung und Bau oder die Kommission für Staat und Gemeinden. Die Kommissionen haben je 15 Mitglieder und sind weitestgehend nach dem Wähleranteil besetzt.

Nebst den Sachkommissionen gibt es 5 Aufsichtskommissionen, die je 11 Mitglieder umfassen. Beispiele sind die Geschäftsprüfungskommission oder die Finanzkommission. Sie üben die Oberaufsicht über die Geschäftsführung und den Finanzhaushalt des Regierungsrates und seiner Verwaltung sowie über die Justizverwaltung und die selbständigen Anstalten aus.

In den Kommissionen sieht man auch wer der eigentliche politische Chef ist. Die Regierungsräte trafen zu jedem Geschäft an, legen Rechenschaft ab und nehmen Stellung zu allen möglichen gescheiterten und weniger gescheiterten Fragen von uns Kantonsräten.

Eines der intensivsten Geschäfte der laufenden Legislatur war das Wassergesetz, welches ebenfalls am 10. Februar 2019 zur Abstimmung kommt. Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt hat während 2,5 Jahren in 50 Sitzungen die Vorlage beraten. Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben hat zudem in zig weiteren Sitzungen einen Mitbericht verfasst. Letztlich wurde das Geschäft dem Kantonsrat überwiesen, der das Wassergesetz auch noch an sieben Sitzungen thematisiert hatte.

Kantonsrat

Jeden Freitag erhalten die SVP-Kantonsräte Post vom Fraktionssekretariat. Darin enthalten ist der Ablaufplan der kommenden Kantonsratssitzung. Jedes Geschäft wurde in der Fraktion diskutiert, zu jedem Geschäft gibt es eine Entscheidung, wie abgestimmt werden soll.

Da bei vielen Geschäften die Haltung der anderen Fraktionen auch aus der Kommissionsarbeit bekannt ist, gibt es oftmals wenig Überraschungen. Die Debatte im Kantonsrat ist aber einerseits wichtig für die Materialien. D.h. es werden immer wieder die Ratsprotokolle zur Hand genommen, wenn es darum geht, den Willen des Gesetzgebers nachzuvollziehen. Auf der anderen Seite ist die Ratsdebatte wichtig für die Öffentlichkeit. Die Zeitungen berichten in der Regel am Dienstag über die aktuellen Kantonsratsgeschäfte. Da die Presse meist wenig ausführlich ist, ist es wichtig das Votum so zu gestalten, dass die Journalisten auch etwas aufnehmen. Die Kunst ist, sich von den anderen Rednern, meist sind es die Sprecher der anderen neun Fraktionen, abzuheben. Manchmal gelingt dies mit einem simplen einleuchtenden Argument, manchmal auch mit einem provokativen Spruch.

Provokationen beleben natürlich den politischen Alltag. Beispielsweise werden mit Fraktionserklärungen zu aktuellen Themen politische Akzente gesetzt. Manchmal werden Vorstösse auch aber auch nur eingereicht, um Musik zu machen, um ein Thema aufs politische Parkett zu bringen.

Am Ende des Tages werden wir aber nicht an der Lautstärke unserer Voten, sondern an den Resultaten, am Erreichten gemessen.

Ein erwähnenswertes Beispiel ist hier der Pendlerabzug. Sie erinnern sich. Im September 2017 hat das Stimmvolk der Begrenzung des Arbeitswegkostenabzugs zugestimmt. Die ursprüngliche regierungsrätliche Vorlage sah eine Begrenzung bei Fr. 3'000 vor. Alle grossen Fraktionen einschliesslich der FDP haben sich mit diesem Vorschlag einverstanden erklärt. Die SVP lehnte eine Begrenzung grundsätzlich ab, da dies eine Steuererhöhung für die betroffenen Personen bedeutet. Die SVP hat sich aber vehement dafür eingesetzt, dass der Betrag erhöht werden kann. Am Ende hatte die SVP mit den bürgerlichen Partnern eine Begrenzung bei Fr. 5'000 ausgehandelt. Selbstverständlich fasste die kantonale Delegiertenversammlung der SVP die Nein-Parole zu dieser Vorlage. Die Begrenzung des Arbeitswegkostenabzugs kam erwartungsgemäss beim Zürcher Stimmvolk durch. Aber eben bei Fr. 5'000, was letztlich den intensiven Bemühungen der SVP-Fraktion zu verdanken ist. Die Politik ist die Kunst des Machbaren.

In der Demokratie gehts nicht immer ausschliesslich um richtig oder falsch, eine Lösung muss letztlich immer mehrheitsfähig sein.

Schluss

Der Aufwand als Kantonsrat beträgt je nach Kommissionstätigkeit zwischen 30 % bis 40 %. Als Entschädigung wird ebenfalls je nach Aufwand ein Betrag von Fr. 20'000.00 bis Fr. 25'000.00 ausbezahlt. Rechnet man, kommt man auf einen Stundenlohn von weniger als Fr. 30.00. Für meinen linken Ratskollegen, den ich zu Beginn erwähnt habe, ist dies sicher ein gutes Einkommen. Gerade dann, wenn man nichts dafür macht.

Aber für die grosse Mehrheit ist der Kantonsrat doch immer noch ein richtiges Milizamt. Wer reich werden will, ist im Parlament in Zürich am falschen Ort.

Miliz heisst Idealismus, Miliz heisst viel Arbeit. Und Arbeit gibt es genug in unserem Kanton. In diesem Sinne, geschätzte Kandidatinnen und Kandidaten, Ärmel hindere ruggle, arbeiten wir mit dem Parteiprogramm unter dem Arm und einer Portion gesundem Menschenverstand mit Volldampf für unseren wunderbaren Kanton Zürich.